



Information nach Art. 13 der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) Vergabeverfahren der Zentralen Vergabestelle

Mit diesen Datenschutzhinweisen informieren wir Sie gemäß der ab dem 25. Mai 2018 geltenden Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch uns sowie über die Ihnen zustehenden Rechte.

Diese Hinweise werden, soweit erforderlich, aktualisiert und auf der Homepage der **Verbandsgemeinde Lauterecken-Wolfstein** veröffentlicht. Dort finden Sie auch die Datenschutzhinweise für Besucher unserer Homepage.

1. Verantwortlicher für die Verarbeitung Ihrer Daten (Art. 13 Abs. 1 lit. a DS-GVO)

Verbandsgemeindeverwaltung Lauterecken-Wolfstein
Bürgerbüro
Schulstraße 6 a
67742 Lauterecken
Tel.: 06382/791-0
Fax: 06382/791-990
E-Mail: info@vg-lw.de
Website: www.vg-lw.de

2. Beauftragte oder Beauftragter für den Datenschutz (Art. 13 Abs. 1 lit. b DS-GVO)

Verbandsgemeinde Lauterecken-Wolfstein
Datenschutzbeauftragte
Schulstraße 6 a
67742 Lauterecken
Tel.: 06382/791-131
Fax: 06382/791-23 131
E-Mail: datenschutz@vg-lw.de

3. Zwecke und Rechtsgrundlage der Verarbeitung personenbezogener Daten (Art. 13 Abs. 1 lit. c DS-GVO)

Die Zentrale Vergabestelle der Verbandsgemeindeverwaltung Lauterecken-Wolfstein hat bei der Vergabe öffentlicher Aufträge das Vergaberecht zu beachten. Dazu gehören insbesondere das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkung (GWB), die Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (VgV), die Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB/A), die Verfahrensordnung für die Vergabe öffentlicher Liefer- und Dienstleistungsaufträge unterhalb der EU-Schwellenwerte (Unterschwelvenvergabeordnung –UvgO), die Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, des Ministeriums der Finanzen und des Ministeriums des Innern und für Sport vom 18.08.2021.

Die Verarbeitung personenbezogener Daten ist für die Durchführung oder Vorbereitung des Vergabeverfahrens erforderlich.

Insbesondere für die Bereitstellung von Vergabeunterlagen (z.B. auf der Homepage, auf der Vergabeplattform deutsche e-Vergabe, Anschrift bei der Übersendung etc), Bereitstellung von Bieterfragen, Abfragen und Überprüfung des Vorliegens von Ausschlussgründen, Abfrage und Überprüfung der Eignung, Erfüllen vergaberechtlicher Transparenzverpflichtungen/ Bekannmachungspflichten, Vertragsbeziehungen.

Dafür erheben wir folgende Daten von Ihnen oder Ihren Mitarbeitern: Name, Kontaktdaten, Daten zur Qualifikation/Eignung des Bieters, Referenzen über bisher ausgeführte vergleichbare Leistungen.

Die Erhebung erfolgt auf Grundlage von Art 6 Abs. 1 lit. e Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) und Art. 6 Abs. 1 lit. b, c, e und f DSGVO i.V. mit § 3 LDSG RLP i.V.m. §§ 97 ff GWB. Bei Nichtbereitstellung dieser Daten kann möglicherweise das Vergabeverfahren nicht erfolgreich durchgeführt und/oder der Vertrag nicht abgewickelt werden.

4. Empfänger oder Kategorien von Empfängern (Art. 13 Abs. 1 lit. e DS-GVO); Übermittlung an Drittland (Art. 13 Abs. 1 lit. f DS-GVO)

Ihre Daten werden im Rahmen des Vergabeverfahrens, auch im E-Vergabesystem, dokumentiert und der Vergabeakte (digital und schriftlich) beigefügt. Ihre Daten aus dem Kontaktformular für die Beteiligung an beschränkten Ausschreibungen, werden im internen Bieterverzeichnis der Verbandsgemeindeverwaltung Lauterecken-Wolfstein dokumentiert und gespeichert.

Ihre personenbezogenen Daten werden –soweit erforderlich- weitergeben an:

- Zuständige Sachbearbeiter der Fachabteilung
- Referenzgeber zur Überprüfung von Referenzen
- Beauftragte Fachpersonen im Verfahren (Planer/Ingenieure etc)
- Gremien
- Bundesamt für Justiz zur Einholung von GZR-Auskünften gen § 150a GewO
- Bundeskartellamt zur Abfrage aus dem Wettbewerbsregister
- VG-Kasse
- Ggf. in einem Nachprüfungs-/Beschwerdeverfahren an die Vergabekammer/Vergabepflichtstelle/Oberlandesgericht
- Bietersupport und Techn. Support (Deutsche e-Vergabe, Onlineplattform)
- Veröffentlichungsorgane des Bundes/der EU je nach Vergabeverfahren
- Mitbieter im Rahmen der Informations- und Berichtspflicht vergebener Aufträge
- Verein für die Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. zur Prüfung der Eignung
- Interne Bieterliste

Eine Übermittlung von personenbezogenen Daten an ein Drittland oder eine internationale Organisation findet nicht statt.

5. Dauer der Speicherung (Art. 13 Abs. 2 lit. a DS-GVO)

Für die Dauer der Speicherung personenbezogener Daten sind die haushalts- und vergaberechtlichen Aufbewahrungsfristen maßgeblich.

6. Betroffenenrechte (Art. 13 Abs. 2 lit. c bis d DS-GVO)

Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der Datenschutzgrundverordnung insbesondere folgende Rechte:

- Recht auf **Auskunft** über die zu ihrer Person gespeicherten personenbezogenen Daten und deren Verarbeitung (Art. 15 DS-GVO).
- Recht auf **Berichtigung**, soweit sie betreffende Daten unrichtig oder unvollständig sind (Art. 16 DS-GVO).
- Recht auf **Löschung** der zu ihrer Person gespeicherten Daten, soweit eine der Voraussetzungen nach Art. 17 DS-GVO zutrifft. Der Anspruch auf Löschung hängt unter anderem davon ab, ob die betreffenden Daten von der öffentlichen Stelle zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben noch benötigt wird.

Ausnahmen vom Recht auf Löschung bestehen zur Ausübung der Meinungs- und Informationsfreiheit, zur Erfüllung rechtlicher Speicherpflichten, aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich der öffentlichen Gesundheit, für öffentliche Archivzwecke, wissenschaftliche, historische und statistische Zwecke sowie zur Durchsetzung von Rechtsansprüchen.

Das Recht zur Löschung personenbezogener Daten besteht ergänzend zu den in Artikel 17 Absatz 3 DS-GVO genannten Ausnahmen nicht, wenn eine Löschung wegen der besonderen Art der Speicherung nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich ist. In diesen Fällen tritt an die Stelle einer Löschung die Einschränkung der Verarbeitung gemäß Artikel 18 DS-GVO.

- Recht auf **Einschränkung der Verarbeitung**, sofern die Daten unrechtmäßig verarbeitet wurden, die Daten zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen der betroffenen Person benötigt werden oder bei einem Widerspruch noch nicht feststeht, ob die Interessen der Meldebehörde gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen (Artikel 18 Absatz 1 lit. b, c und d DS-GVO).

Wird die Richtigkeit der personenbezogenen Daten bestritten, besteht das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung für die Dauer der Richtigkeitsprüfung.

- Recht auf **Widerspruch** gegen die Verarbeitung personenbezogener Daten aus persönlichen Gründen, soweit kein zwingendes öffentliches Interesse an der Verarbeitung besteht, welches die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegt, oder die Verarbeitung der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen (Art. 21 DS-GVO) dient.

Die verantwortliche Stelle kann dem jedoch nicht nachkommen, wenn an der Verarbeitung ein überwiegendes öffentliches Interesse besteht oder eine Rechtsvorschrift sie zur Verarbeitung verpflichtet.

Nähere Informationen zum Widerspruchsrecht nach dem Bundesmeldegesetz können den Hinweisen auf dem Meldeschein entnommen werden.

- **Widerrufsrecht bei Einwilligung**

Die Übermittlung personenbezogener Daten für Zwecke der Werbung oder des Adresshandels ist nur zulässig, wenn die betroffene Person eingewilligt hat (Artikel 6 Absatz 1 lit. a DS-GVO). Die Einwilligung kann nach Artikel 7 Absatz 3 DS-GVO jederzeit gegenüber der Stelle widerrufen werden, gegenüber der die Einwilligung zuvor erteilt wurde.

- **Beschwerderecht (Art. 13 Abs. 1 lit. e DS-GVO)**

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde beim **Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz**, wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden:

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz
Hintere Bleiche 34
55116 Mainz
Tel.-Nr.: 06131 8920-0
Fax: 06131 8920-299
E-Mail: poststelle@datenschutz.rlp.de

Stand: 10.02.2022